

STUDIE

JUGEND WILL BEWEGEN

Politische Beteiligung junger Menschen in Deutschland

Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland

Inhalt

Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick	4
Politische Beteiligung an der Schwelle zu einem postdigitalen Zeitalter (Gastbeitrag Marcus Spittler, WZB)	6
Ergebnisse im Detail	10
Anhang: Details zu Methodik und Stichprobe	26
Impressum	28

Die wichtigsten Erkenntnisse im Überblick

Junge Menschen in Deutschland wollen Einfluss auf die Politik nehmen



Politik hat für junge Menschen in Deutschland einen hohen Stellenwert. Die überwiegende Mehrheit der befragten jungen Menschen (80 Prozent) gibt an, dass es ihnen wichtig sei, die Politik zu beeinflussen. Ebenso legen die meisten Wert darauf, sich über politische Themen zu informieren (78 Prozent) und mit anderen über politische Themen zu diskutieren (64 Prozent).

Ihr Interesse und ihren Wunsch nach aktiver politischer Beteiligung setzen junge Menschen auf vielfältige Weise online wie offline um. So haben 28 Prozent der Befragten sich in den vergangenen 12 Monaten online an Unterschriftenaktionen beteiligt, 13 Prozent haben an Demonstrationen, wie etwa den „Fridays for Future“-Protesten, teilgenommen und 3 Prozent arbeiten in einer Partei mit.

Die Mehrheit (62 Prozent) beteiligt sich zudem aktiv am öffentlichen Meinungsbildungsprozess, indem sie sich online zu politischen Themen äußert. Ein Fünftel (20 Prozent) der befragten jungen Menschen nehmen online öffentlich Stellung, indem sie politische Posts kommentieren; einige (7 Prozent) verfassen sogar eigene Beiträge. Deutlich mehr äußern ihre politische Meinung online, indem sie die Beiträge anderer teilen oder „ liken“ (42 Prozent) oder in geschlossenen Gruppen über Messengerdienste wie WhatsApp oder Telegram mit Freundinnen/Freunden oder Familie diskutieren (39 Prozent).

Junge Menschen verschaffen ihrer Stimme eher online als offline Gehör. So hat ein gutes Viertel online an Unterschriftenaktionen (28 Prozent) oder Petitionen (25 Prozent) teilgenommen, während offline nur ein Fünftel (20 Prozent) diese Möglichkeit nutzte.

Der Ausbau von digitalen Beteiligungsformen erhält dementsprechend von jungen Menschen ebenfalls großen Zuspruch: 85 Prozent halten den Ausbau von Verfahren, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und Meinungen online in den politischen Prozess einbringen können, für wichtig oder sogar sehr wichtig. 77 Prozent befürworten Online-Bürgerentscheide und knapp zwei Drittel (66 Prozent) die Möglichkeit, online zu wählen. Ebenfalls zwei Drittel (66 Prozent) halten es für wichtig, online Wahl- oder Parteiprogrammen mitgestalten zu können.

Junge Menschen nutzen vor allem digitale Beteiligungsmöglichkeiten und befürworten mehr Online-Mitsprache



Die Mehrheit findet, die Anliegen junger Menschen würden nur unzureichend von der Politik berücksichtigt, und eine bedeutende Minderheit (20 Prozent) nimmt kaum am politischen Leben teil



Drei von vier (73 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sehen die Angelegenheiten und Interessen junger Menschen in der aktuellen Politik nur unzureichend repräsentiert. Gut ein Viertel (28 Prozent) ist sogar sehr unzufrieden damit, wie die Politik ihre Anliegen und Interessen aufgreift. Diese Kritik zieht sich durch alle Alters- und Bildungsgruppen

und wird gleichermaßen von jungen Frauen wie jungen Männern geäußert. Zugleich geben 20 Prozent der Befragten an, im vergangenen Jahr weder online noch offline politisch in irgendeiner Weise aktiv geworden zu sein und zudem auch noch nie online ihre politische Meinung geäußert zu haben. Dabei zeigt sich sowohl ein Alters- als auch ein Bildungseffekt: Während 43 Prozent der Jugendlichen (14 bis 19 Jahre) und 45 Prozent derer mit niedriger formaler Bildung angeben, ihre Meinung zu politischen Themen noch nie geäußert zu haben, sind es bei jungen Erwachsenen (20 bis 24 Jahre) nur 33 Prozent und bei Personen mit höherer formaler Bildung 32 Prozent. Wenn es um politische Aktivitäten online und offline geht, sind die Unterschiede nach Alter und Bildungshintergrund ebenso groß oder sogar größer.

UNTERSUCHUNGSSTECKBRIEF:

Methodische Gesamtverantwortung und Durchführung

Infratest dimap

Stichprobe

2.149 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 24 Jahren. Die Grundgesamtheit für die Befragung bildeten deutschsprachige junge Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren in Privathaushalten in Deutschland, die das Internet nutzen.

Art der Befragung

Online-Befragung
(CAWI = Computer Assisted Web Interviewing)

Zeitraum der Befragung

29. Mai bis 11. Juni 2019

Politische Beteiligung an der Schwelle zu einem postdigitalen Zeitalter

von Marcus Spittler

Die Studie „Jugend will bewegen“ der Vodafone Stiftung zeigt, wie stark sich junge Menschen schon heute an der demokratischen Willensbildung beteiligen. Das Internet hat dabei das Repertoire der Beteiligungsmöglichkeiten merklich erweitert. Ob diese allerdings in Zukunft den hohen Ansprüchen der jungen Menschen an eine moderne Demokratie entsprechen, muss beim Blick auf ihre Wünsche bezweifelt werden. Auf die Parteien kommt die Aufgabe zu, zwischen Jung und Alt zu vermitteln.

Die Digitalisierung und allen voran das Internet haben ohne Zweifel die Geschwindigkeit und die Reichweite, mit der wir kommunizieren können, verändert. Der Preis für die Übermittlung von Nachrichten ist so erheblich gesunken, dass wir mit der richtigen Botschaft Millionen Empfänger erreichen können. Auch in den Ergebnissen dieser Studie zeigt sich, dass junge Menschen die Vorteile des Internets sehen. Sie nutzen es nicht nur als ihr bevorzugtes Informationsmedium, sondern auch als Diskurs- und Organisationsplattform. So wachsen junge Menschen heute an der Schwelle zu einem postdigitalen Zeitalter auf. In ihrer Lebenssituation ist die Digitalisierung für sie so selbstverständlich und natürlich, dass sie diese vor allem bei deren Abwesenheit bemerken – immer dann, wenn Prozesse noch analog ablaufen. Den in dieser Studie mit 14 Jahren jüngsten Befragten muss ein Wahlzettel aus Papier daher fast anachronistisch erscheinen.

Tatsächlich zeigt sich, dass durch das vergrößerte Repertoire der Beteiligungsmöglichkeiten das allgemeine Partizipationsniveau deutlich gestiegen ist

Demokratische Verfahren und ihre traditionsreichen Institutionen hinken diesen gestiegenen Erwartungen an die Digitalisierung hinterher, manchmal auch aus guten Gründen. Daher hat sich durch das Internet bisher vor allem das Repertoire der sogenannten unkonventionellen Partizipationsmöglichkeiten stark vergrößert, also solche Aktivitäten, die abseits von Wahlen und Volksabstimmungen stattfinden.

Während in den 1960er-Jahren politische Partizipation vor allem auf den Wahlakt und das Engagement in den Parteien limitiert war, ergänzten in den 70er- und 80er-Jahren Proteste und Widerstand das Instrumentarium. Heute steht eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten – von politisch bewussten Kaufentscheidungen über das Schreiben eines Blogs bis hin zum *Flashmob* – zur Verfügung, um sich politisch auszudrücken. Die jungen Menschen gehen mit der neuen Technik kreativ um. So poliert die 18-jährige Lilly Blaudszun mit selbstironischen Selfies das Image der SPD auf *Instagram* auf und der *YouTuber* Rezo mobilisierte mit einem schnellen Jump-Cut-Video ganz erheblich für die Europawahl 2019. Tatsächlich zeigt sich in langen Zeitreihenstudien, dass durch das vergrößerte Repertoire der Beteiligungsmöglichkeiten das allgemeine Partizipationsniveau deutlich gestiegen ist.¹ Junge Menschen sind heute politisch engagierter, als es ihre Eltern in ihrem Alter waren, aber auch die Eltern beteiligen sich mehr als früher. 80 Prozent der in der vorliegenden Studie befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es

¹ Deth, Jan W. van, und Carolin Zorell. 2019. „Politischer Protest und Konsum“. In: *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*, Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel, und Jürgen Maier, 393–412. Nomos.

wichtig, auf die Politik in Deutschland Einfluss zu nehmen. Von einem politisch desinteressierten Nachwuchs kann daher keine Rede sein.

Und in der Tat sind die jungen Menschen in der Mehrheit auch mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten zufrieden. Dabei zeigt die Studie „*Jugend will bewegen*“ das vielversprechende Potenzial von Online-Verfahren, soziale Unterschiede zu überwinden. Während, wie zu erwarten, mit den allgemeinen Beteiligungsmöglichkeiten vor allem Hochgebildete zufrieden sind, ergibt sich für Online-Verfahren kein Unterschied mehr nach dem Bildungsstand. Interessant ist auch, dass das sonst oft vorzufindende Ost-West-Gefälle sich bei Online-Verfahren nicht zeigt. Im Gegenteil sind junge Ostdeutsche sogar zufriedener (62 Prozent Zufriedenheit gegenüber 57 Prozent in Westdeutschland).

Die Partizipationsstudie zeigt das vielversprechende Potenzial von Online-Verfahren, soziale Unterschiede zu überwinden

Blickt man jedoch auf die tatsächliche Nutzung von Online-Verfahren, so trübt sich das Bild ein. Selbst beim vergleichsweise niedrigschwelligen *Liken* und *Sharen* von politischen Posts in sozialen Medien ergibt sich beispielsweise ein Unterschied von 13 Prozentpunkten in der Nutzung zwischen den Bildungsschichten. Ähnliches ist an vielen anderen Stellen der Studie zu finden. Die sozioökonomischen Voraussetzungen der jungen Erwachsenen (dazu gehört vor allem der Lebensstandard ihres Elternhauses) bedingen noch immer stark die Bereitschaft zur Partizipation. Es gibt jedoch neben sozioökonomischen Faktoren auch noch andere Möglichkeiten, einen Anreiz für politische Motivation zu schaffen. So spielen Art und Anzahl sozialer Kontakte eine zentrale Rolle. Anders formuliert, beteiligen sich benachteiligte Jugendliche nicht nur weniger, weil sie „nicht können“ oder „nicht wollen“, sondern weil sie niemand dazu aufgefordert hat.² Dass sich so ein zivilgesellschaftlicher Voluntarismus aber stärken lässt, zeigen auch Ergebnisse der vorliegenden Studie: Wer sich für Politik interessiert und mehr in sozialen Medien aktiv ist, der nutzt auch Beteiligungsmöglichkeiten deutlich häufiger.

² Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and equality: civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.

Anstelle der politischen Parteien gelingt es jedoch vor allem zivilgesellschaftlichen Organisationen, zur Beteiligung zu aktivieren. Junge Menschen engagieren sich heute gezielt für ausgesuchte Themen in Online-Petitionen oder auf Demonstrationen. An Wahlen beteiligen sie sich wie alle jungen Generationen nur unterdurchschnittlich. Politik erscheint ihnen wenig responsiv: Nur 27 Prozent der hier Befragten glauben, dass Politikerinnen und Politiker die Interessen junger Menschen ausreichend berücksichtigten. Noch unzufriedener sind diejenigen, die sich selbst häufig sowohl on- als auch offline politisch beteiligen (23 %). Es sind also gerade jene, die schon ein gewisses politisches Selbstvertrauen mitbringen, die sich im politischen System nicht repräsentiert sehen.

Wenn es nach der Vorstellung der hier Befragten geht, sind in Zukunft vor allem solche politischen Innovationen wichtig, die online bindende Entscheidungen ermöglichen. 41 Prozent wünschen sich die Online-Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung, 36 Prozent wollen sogar online wählen. Doch Letzteres wird in Deutschland in absehbarer Zeit nicht möglich sein. 2009 hatte das Bundesverfassungsgericht Wahlcomputer untersagt, weil

sie dem Grundsatz der Öffentlichkeit widersprechen. Außerdem gibt es ganz erhebliche Sicherheitsbedenken. Online-Wahlen, die es in Europa nur in der Schweiz und in Estland gibt, haben bisher nicht den erhofften Anstieg der Wahlbeteiligung bewirkt. Auch das Parteiengesetz begrenzt die Möglichkeit für Online-Entscheidungen, was etwa beim Mitgliederentscheid zum SPD-Parteivorsitz 2019 deutlich wurde. In Deutschland wird es daher notwendig sein, die Stärken des Internets weniger in der politischen Entscheidungsfindung zu suchen, als es vielmehr als Instrument zum Austausch und damit zur Bildung von Präferenzen zu etablieren.

Dazu müssen die Parteien auch im Internet aktiv vertreten sein. Momentan sind in Deutschland wie in Europa rechtspopulistische Parteien in den sozialen Medien überproportional präsent sind. Damit besteht auch die Gefahr von *Fake News* oder gezielten Desinformationskampagnen. Deren Effekt ist in Deutschland bisher jedoch nicht nachweisbar.³ Das heißt jedoch nicht, dass politische Akteure diese nicht zu nutzen versuchen. So nutzen beispielsweise rechtsextreme Gruppen verstärkt den Kurznachrichtendienst Telegram als Verbreitungskanal, weil dieser ihre Inhalte nicht zensiert. Im spanischen Wahlkampf 2019 war die direkte Ansprache der Wählerinnen und Wähler über WhatsApp ein wichtiges Tool, eine Methode, die Jair Bolsonaro in Brasilien schon zum Sieg verholfen hatte. Die sich daraus ergebenden Dynamiken gilt es im Auge zu behalten, besonders vor dem Hintergrund, dass in der vorliegenden Studie 54 % Jugendlichen und jungen Erwachsenen angaben, Kurznachrichtendienste als politische Plattform zu nutzen.

Auch solche Trends müssen die Parteien antizipieren und aktiv gestalten, wenn sie junge Menschen ansprechen wollen. Dass die Parteien auf das Netz reagiert haben, zeigen Beispiele wie die Beteiligungsplattform „Das Grüne Netz“ und „Connect 17“, eine Wahlkampf-App der CDU. Solche Tools sind bereits heute sehr wichtig für die Parteiarbeit nach innen. Politikerinnen und Politiker selbst sind besonders häufig bei *Twitter* aktiv. Doch auch in der Studie „*Jugend will bewegen*“ wird deutlich, dass dieses soziale Medium

nur von einem kleinen Teil der jungen Menschen in Deutschland genutzt wird. So lässt man die Chance verstreichen, dass Jugendliche und junge Erwachsene auch einmal zufällig mit Politik in Kontakt geraten. Dabei darf die Online-Beteiligung kein Selbstzweck sein: Wenn Parteien ihre *Instagram-Follower* abstimmen lassen, dann muss dieses Votum auch auf Resonanz im politischen Diskurs stoßen. Die

Diskurse on- und offline miteinander zu verbinden, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Parteien. Das bedeutet nicht nur, eine Vermittlerrolle zwischen Jung und Alt einzunehmen, sondern auch öffentliche Debatten so zu gestalten, dass für sie ganz im Habermas'schen Sinne der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ gilt. Die inklusive Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen wird weniger darüber entschieden, ob ein Wahlgang nun digital oder analog durchgeführt wird, sondern vielmehr darüber, ob es den Parteien gelingt, die unterschiedlichen Interessengruppen wieder stärker zu integrieren.

³ Hegelich, Simon und Andree Thielges. 2019. „Desinformation und Manipulation“. *aktuelle analysen*, Nr. 71: 97–109.

Die Diskurse on- und offline miteinander zu verbinden ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Parteien

4 Bruter, Michael, und Sarah Harrison. 2009. „Tomorrow's Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies“. *Comparative Political Studies* 42 (10): 1259–90.

Das würde auch helfen, die stetig sinkende Zahl der Parteimitglieder und die Überalterung der Parteien zu stoppen. Aktuell sind die Parteien vor allem für jene jungen Menschen attraktiv, die sich durch eine Mitgliedschaft eine politische Karriere erhoffen, und weniger für jene, die aus inhaltlichen Gründen in eine Partei eintreten.⁴ Ändern ließe sich dies auch dadurch, dass die Parteien wieder mehr jüngere Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. So war das jüngste Mitglied des Bundestags 19 Jahre alt, während in der aktuellen Wahlperiode der jüngste Abgeordnete 27 Jahre ist.

Dass junge Erwachsene einen Unterschied machen können, hat die vergangene Europawahl gezeigt. Nicht nur dadurch, dass sie sich in ihrer Wahlentscheidung von den Älteren absetzten, sondern auch dadurch, dass sie in großer Zahl zur Wahl gingen und für den Anstieg der Wahlbeteiligung verantwortlich waren, konnten sie sich politisch durchsetzen. Solche Selbstwirksamkeitserfahrungen sollten die Regel werden. Die jungen Erwachsenen zeigen auch in dieser Studie einen hohen Grad an Beteiligung, allerdings beeinflussen sie das politische System meist nur „von außen“. Dieses Engagement gilt es wieder in Richtung der Parteien und an die Wahlurne zu lenken. Denn Parteien und Wahlen sind der entscheidende Zugang zur politischen Macht. Nur mit und in ihnen können sich die jungen Menschen effektiv und nachhaltig Gehör verschaffen.

Marcus Spittler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Er forscht im Bereich der vergleichenden Demokratie- und Wahlverhaltensforschung. Dabei gilt sein besonderes Interesse den Einstellungen junger Erwachsener, die er europaweit untersucht.

Ergebnisse im Detail

Junge Deutsche sind mit den Partizipationsmöglichkeiten zufrieden, fühlen sich aber in der Politik nicht angemessen repräsentiert

Das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger gehört zu den zentralen Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie. Umso wichtiger ist es, dass die Partizipationsangebote von der Bevölkerung auch angenommen werden und Bürgerinnen und Bürger Vertrauen darin haben, dass ihre Anliegen und Interessen in der Politik repräsentiert werden. Die Sicht junger Menschen auf die in Deutschland bestehenden politischen Einflussmöglichkeiten fällt mehrheitlich positiv aus. Über die Hälfte (59 Prozent) der Befragten ist mit den bestehenden generellen Beteiligungsmöglichkeiten sehr zufrieden oder eher zufrieden. Das gilt im selben Maße für die Möglichkeiten, sich online oder über soziale Medien an Politik zu beteiligen: 58 Prozent sind mit diesen Möglichkeiten eher oder sehr zufrieden. Junge Menschen aus den östlichen Bundesländern sind mit 62 Prozent sogar etwas zufriedener als junge Menschen aus den westlichen Bundesländern (57 Prozent).

Obwohl junge Deutsche die Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme positiv bewerten, sehen sie ihre Interessen im Ergebnis in der Politik unterrepräsentiert. 73 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sind unzufrieden oder sehr unzufrieden damit, wie die Politik die Anliegen und Interessen junger Menschen berücksichtigt. Diese schlechte Bewertung unterscheidet sich kaum nach Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund der Befragten (→ **Abbildung 1**).

Abbildung 1:
Zufriedenheit mit Partizipationsmöglichkeiten und der Berücksichtigung von Interessen junger Menschen

Möglichkeiten, sich über das
Internet und die sozialen Medien
in Deutschland an Politik zu beteiligen



Generelle Möglichkeiten, sich in
Deutschland an Politik zu beteiligen



**Berücksichtigung der Anliegen
und Interessen junger Menschen**
von Politikerinnen und Politikern



 sehr zufrieden

 eher unzufrieden

 eher zufrieden

 sehr unzufrieden

Junge Menschen wollen die Politik in Deutschland beeinflussen

Eine große Mehrheit junger Menschen in Deutschland ist an politischer Teilhabe interessiert. 80 Prozent der Befragten stimmen der Aussage „mir ist es wichtig, die Politik in Deutschland beeinflussen zu können“ eher oder voll und ganz zu und nur 20 Prozent stimmen dieser Aussage eher nicht oder gar nicht zu.

Der politische Gestaltungswillen ist –wenig überraschend– bei Jugendlichen (14–19 Jahre; 74 Prozent) weniger ausgeprägt als bei jungen Erwachsenen (20–24 Jahre; 87 Prozent). Ähnlich fallen die Unterschiede nach Bildungshintergrund aus. Junge Menschen mit formal hoher Bildung (88 Prozent) wollen eher Einfluss nehmen als junge Menschen mit formal niedriger Bildung (73 Prozent).

Insgesamt ist es jungen Menschen weniger wichtig, mit anderen über politische Themen zu diskutieren, als politisch Einfluss zu nehmen. So antworteten 80 Prozent der befragten jungen Menschen positiv auf die Frage nach ihrem politischen Mitgestaltungswillen, jedoch nur 64 Prozent geben an, auch über politische Themen diskutieren zu wollen.

Abbildung 2: Bedeutung von politischer Einflussnahme, Information und Diskussion

„Bitte gib an, inwieweit du den folgenden Aussagen zustimmst. Bitte denke dabei nicht nur an die Politik in Deutschland und der Welt, sondern auch an die Politik in deinem Bundesland oder in dem Ort, in dem du lebst.“

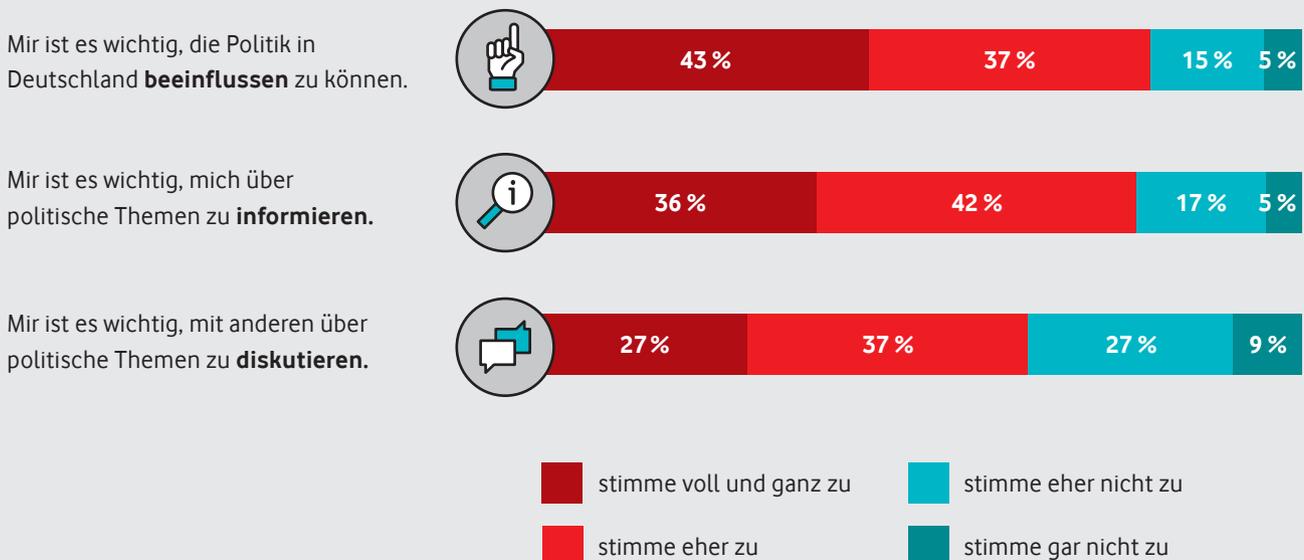
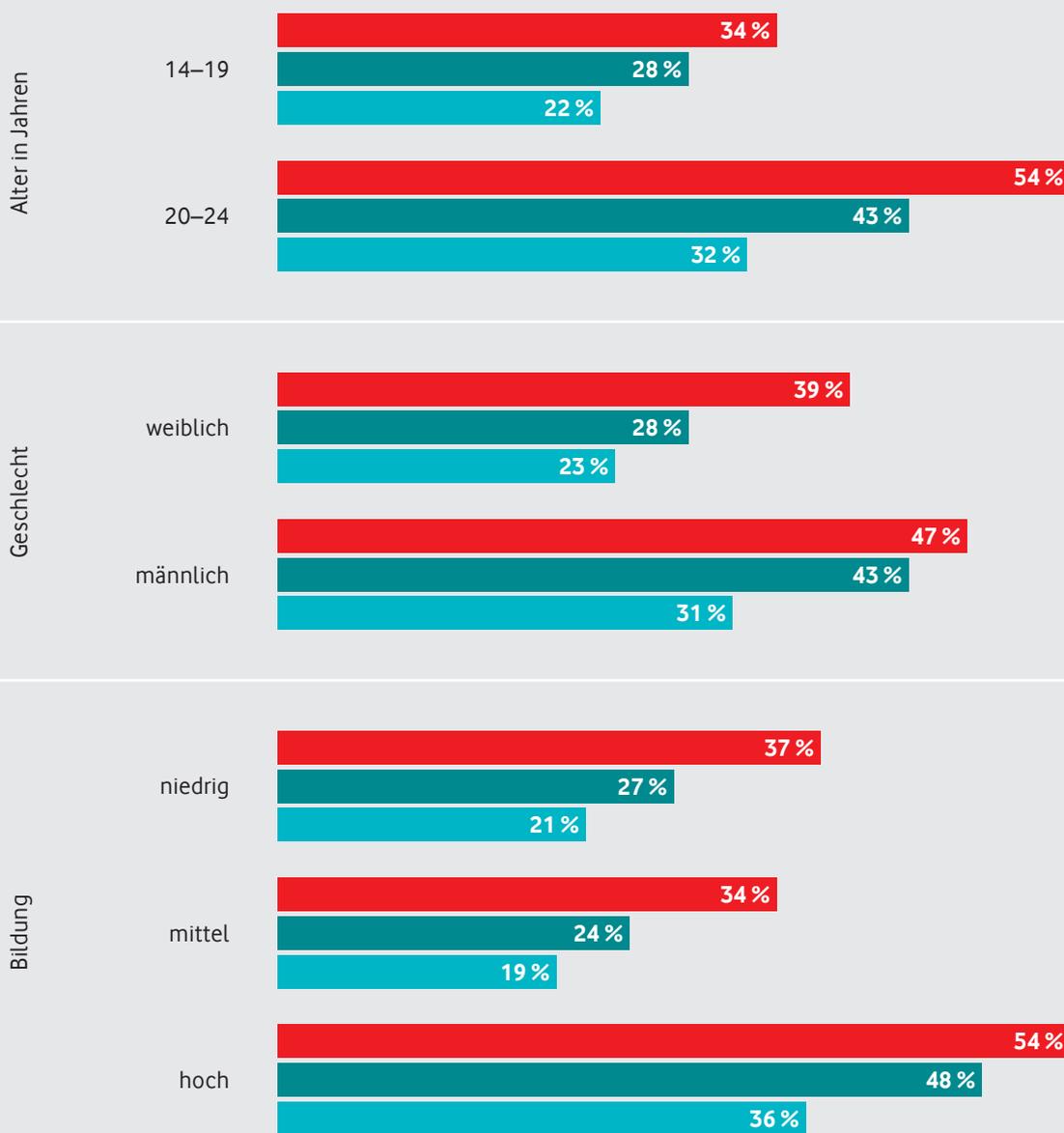


Abbildung 3:
Bedeutung von Formen der politischen Teilhabe nach Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund

„Bitte gib an, inwieweit du den folgenden Aussagen zustimmst. Bitte denke dabei nicht nur an die Politik in Deutschland und der Welt, sondern auch an die Politik in deinem Bundesland oder in dem Ort, in dem du lebst.“

„Stimme voll und ganz zu.“

- Mir ist es wichtig, die Politik in Deutschland beeinflussen zu können.
- Mir ist es wichtig, mich über politische Themen zu informieren.
- Mir ist es wichtig, mit anderen über politische Themen zu diskutieren.



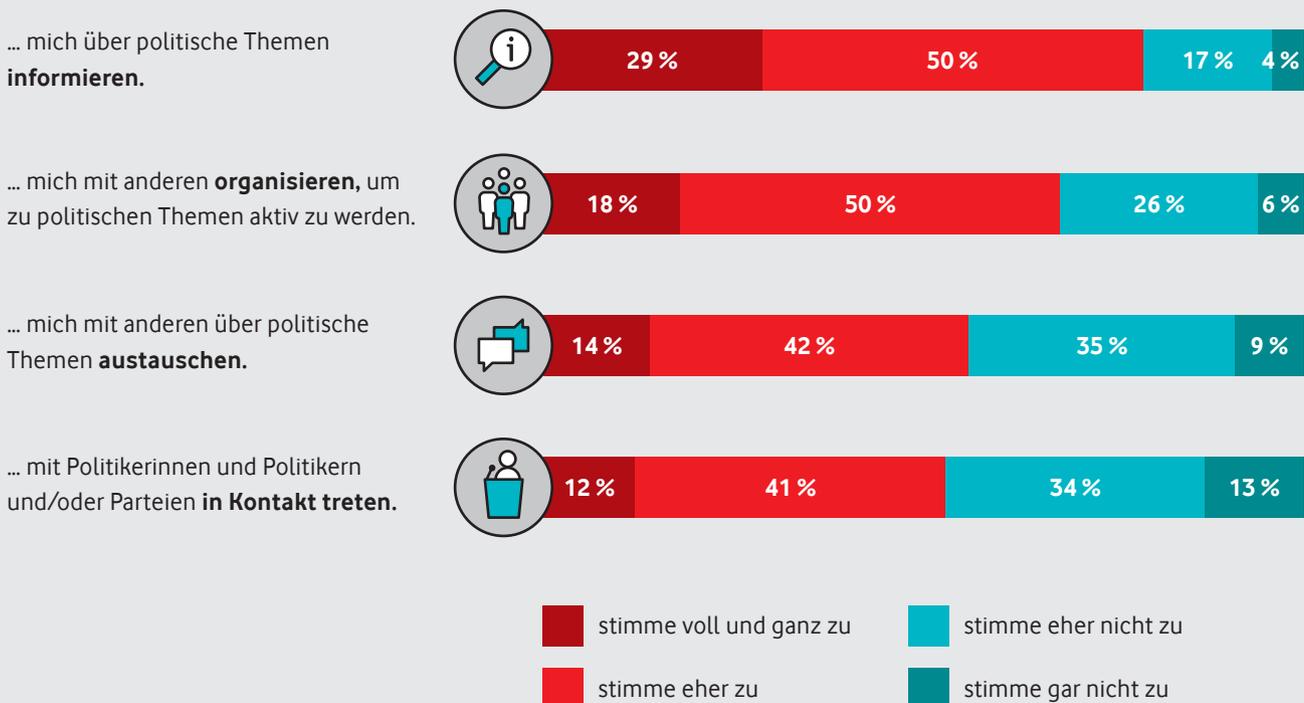
Vorteile von Online-Beteiligungsmöglichkeiten

Das Internet und soziale Medien helfen aus Sicht junger Menschen dabei, sich über politische Themen zu informieren und mit anderen darüber auszutauschen. So stimmt eine deutliche Mehrheit junger Menschen (79 Prozent) der Aussage eher oder voll und ganz zu, man könne sich online besser über politische Themen informieren als offline. Nach Ansicht von zwei Dritteln (68 Prozent) bieten das Internet und soziale Medien zudem vergleichsweise bessere Möglichkeiten, sich mit anderen zu organisieren und zu politischen Themen aktiv zu werden. In beiden Fällen unterscheiden sich die Ergebnisse kaum nach Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund der Befragten.

Junge Menschen sehen außerdem Vorteile des Internets und sozialer Medien darin, sich mit anderen über politische Themen auszutauschen. 56 Prozent sind der Meinung, dass dies online besser möglich sei als offline. Auch die Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern oder Parteien fällt jungen Menschen online leichter. 53 Prozent sehen hier Vorteile gegenüber Offline-Kontaktmöglichkeiten.

Abbildung 4:
Vorteile politischer Online-Partizipation

„Im Internet und in den sozialen Medien kann ich besser als offline ...“



Politische Meinungsäußerung online: liken, sharen und in geschlossenen Gruppen diskutieren

Das Internet und soziale Medien halten vielfältige Möglichkeiten bereit, die eigene politische Meinung zu äußern. Das Liken oder Teilen von vorhandenen Beiträgen zu politischen Themen stellt dabei eine besonders niedrigschwellige Form dar. Beides benötigt in der Regel nicht mehr als einen einfachen Klick. Dementsprechend wird diese Form der politischen Meinungsäußerung von den Befragten auch am häufigsten angegeben. 42 Prozent haben nach eigenen Angaben in den vergangenen 12 Monaten einen Beitrag zu politischen Themen geliked oder geteilt.

An zweiter Stelle steht die politische Meinungsäußerung im Freundes- oder Familienkreis über private Messengerdienste, wie z. B. WhatsApp oder Telegram (39 Prozent). Damit sind Online-Diskussionsmöglichkeiten etwas weniger populär als der persönliche Austausch, denn 47 Prozent der Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten offline mit Freunden oder Familie über politische Themen diskutiert zu haben.

Deutlich weniger junge Menschen sind jedoch selbst aktiv und erstellen selbst Inhalte, um sich online politisch zu äußern. Jede/-r Fünfte (20 Prozent) hat in den vergangenen 12 Monaten einen Kommentar oder eine Antwort auf einen Post verfasst und 14 Prozent haben sich in Form eines Memes, GIFs, Videos oder Bildes politisch geäußert. Nur eine sehr kleine Gruppe (7 Prozent) erstellt selbst Beiträge oder Posts zu politischen Themen und noch etwas weniger (6 Prozent) haben sich online an der Diskussion einer politischen Partei oder einer politischen Gruppe beteiligt.

Alle Formen der online getätigten politischen Meinungsäußerung werden von jungen Erwachsenen häufiger genutzt als von Jugendlichen, von jungen Männern häufiger als von jungen Frauen, und von jenen mit formal höherer Bildung eher als von jungen Menschen mit formal niedriger Bildung. Besonders groß sind die Unterschiede nach Bildungshintergrund, wenn es darum geht, in kleinen Gruppen mit anderen online über politische Themen zu diskutieren. 48 Prozent derjenigen mit formal hoher Bildung haben in den letzten 12 Monaten einen Gruppenchat für politische Themen genutzt, jedoch nur 32 Prozent der jungen Menschen mit formal mittlerer oder niedriger Bildung.

Immerhin 38 Prozent der Befragten geben aber auch an, sich noch nie online politisch geäußert zu haben. Bei Jugendlichen (45 Prozent) ist dieser Wert noch höher, ebenso wie bei jungen Frauen (41 Prozent) und jenen mit einem niedrigen formalen Bildungshintergrund (45 Prozent).

Abbildung 5: Genutzte Formen der politischen Meinungsäußerung

„Welche der folgenden Möglichkeiten hast du in den letzten 12 Monaten genutzt, um online deine Meinung zu äußern?“
„Ich habe ...“ (Mehrfachnennungen möglich)

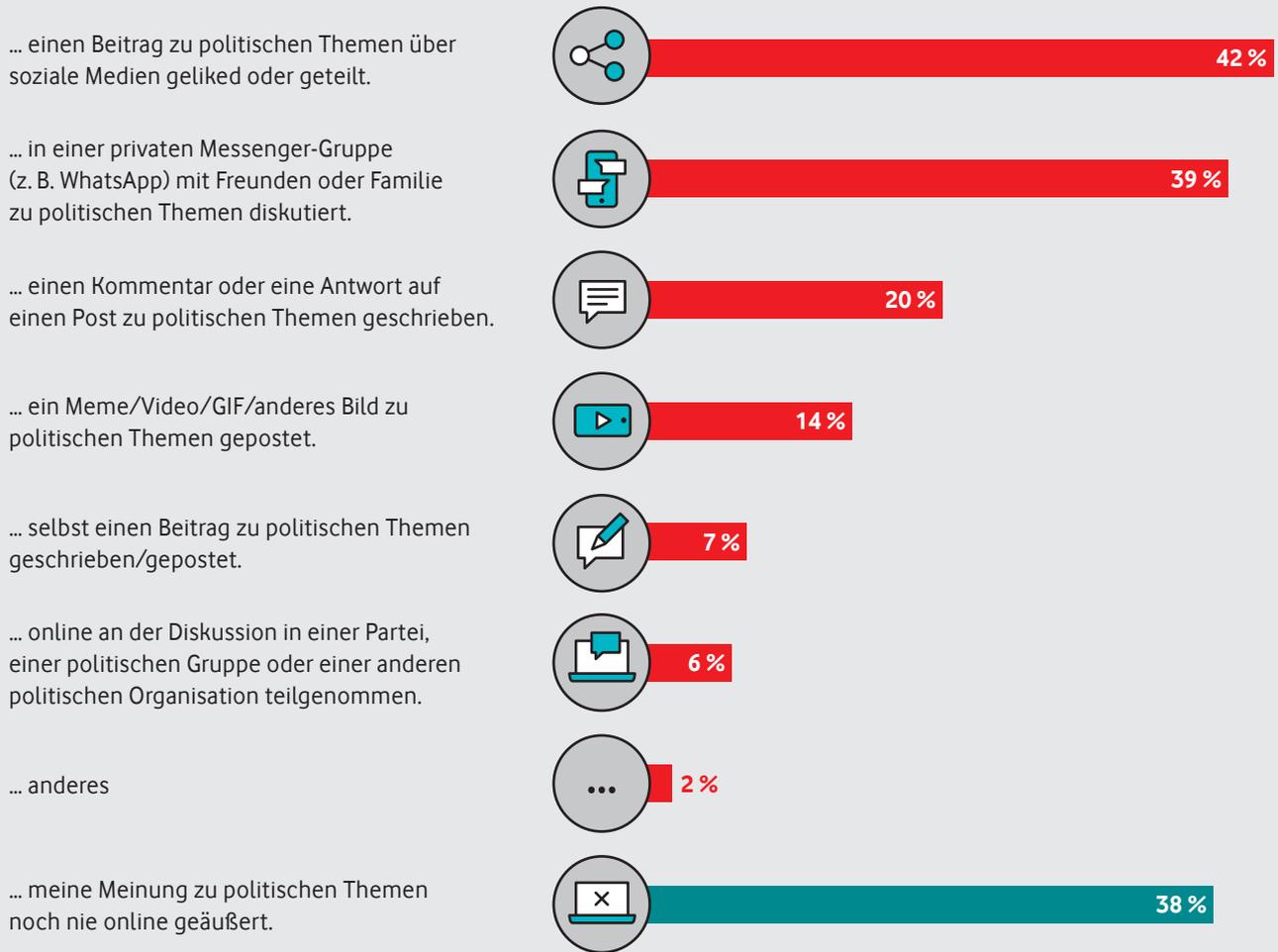
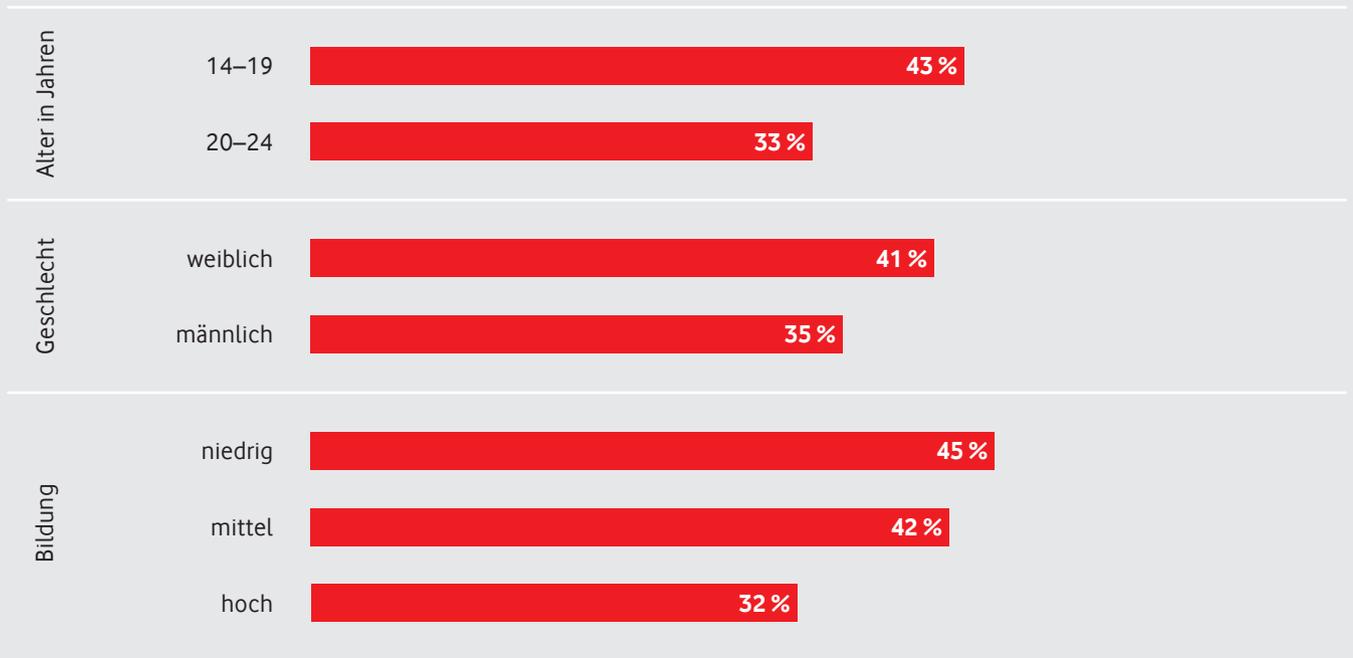


Abbildung 6:**Junge Menschen, die sich online noch nie zu politischen Themen geäußert haben, nach Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund**

Antwort: „Ich habe meine Meinung zu politischen Themen noch nie online geäußert“ auf die Frage: „Welche der folgenden Möglichkeiten hast du in den letzten 12 Monaten genutzt, um online deine Meinung zu äußern?“
(Mehrfachnennungen möglich)

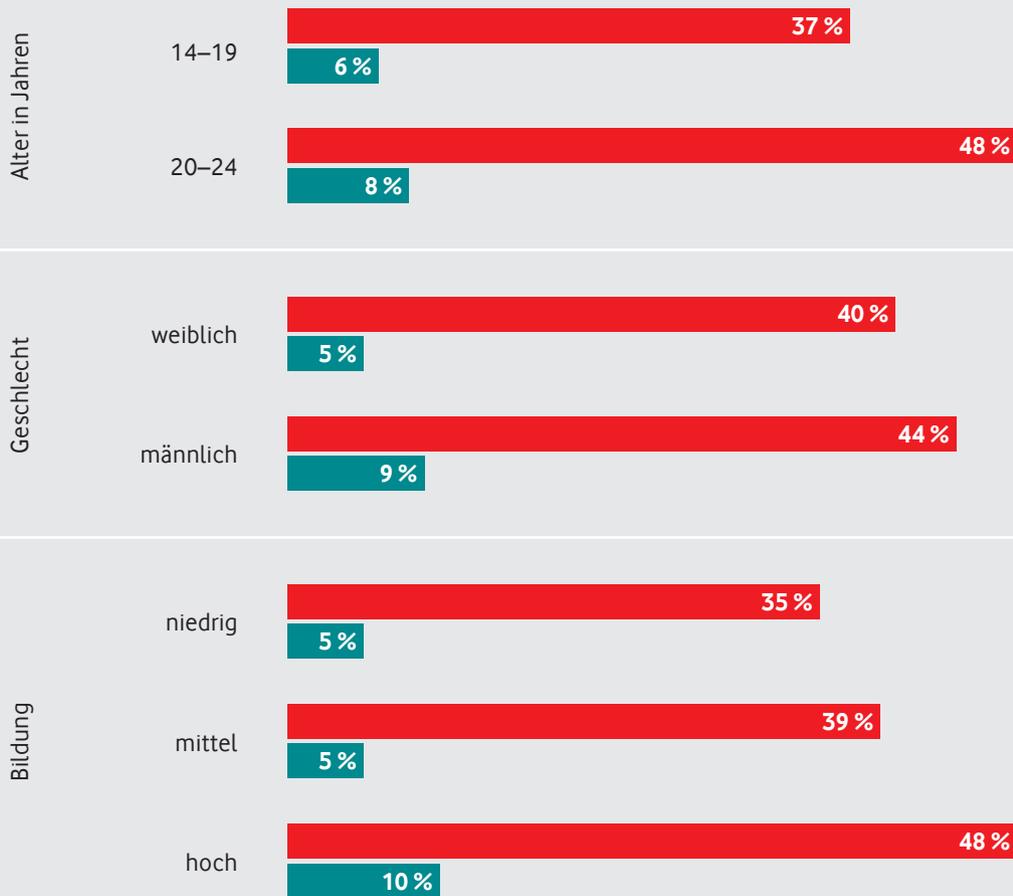


Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung im Alter von 14 bis 24 Jahren in Deutschland

Abbildung 7: Ausgewählte Beteiligungsformen junger Menschen nach Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund

„Wie bist du in den letzten 12 Monaten online politisch aktiv geworden?“ „Ich habe ...“ (Mehrfachnennungen möglich)

- ... einen Beitrag zu politischen Themen über soziale Medien geliked oder geteilt.
- ... selbst einen Beitrag zu politischen Themen geschrieben/gepostet.



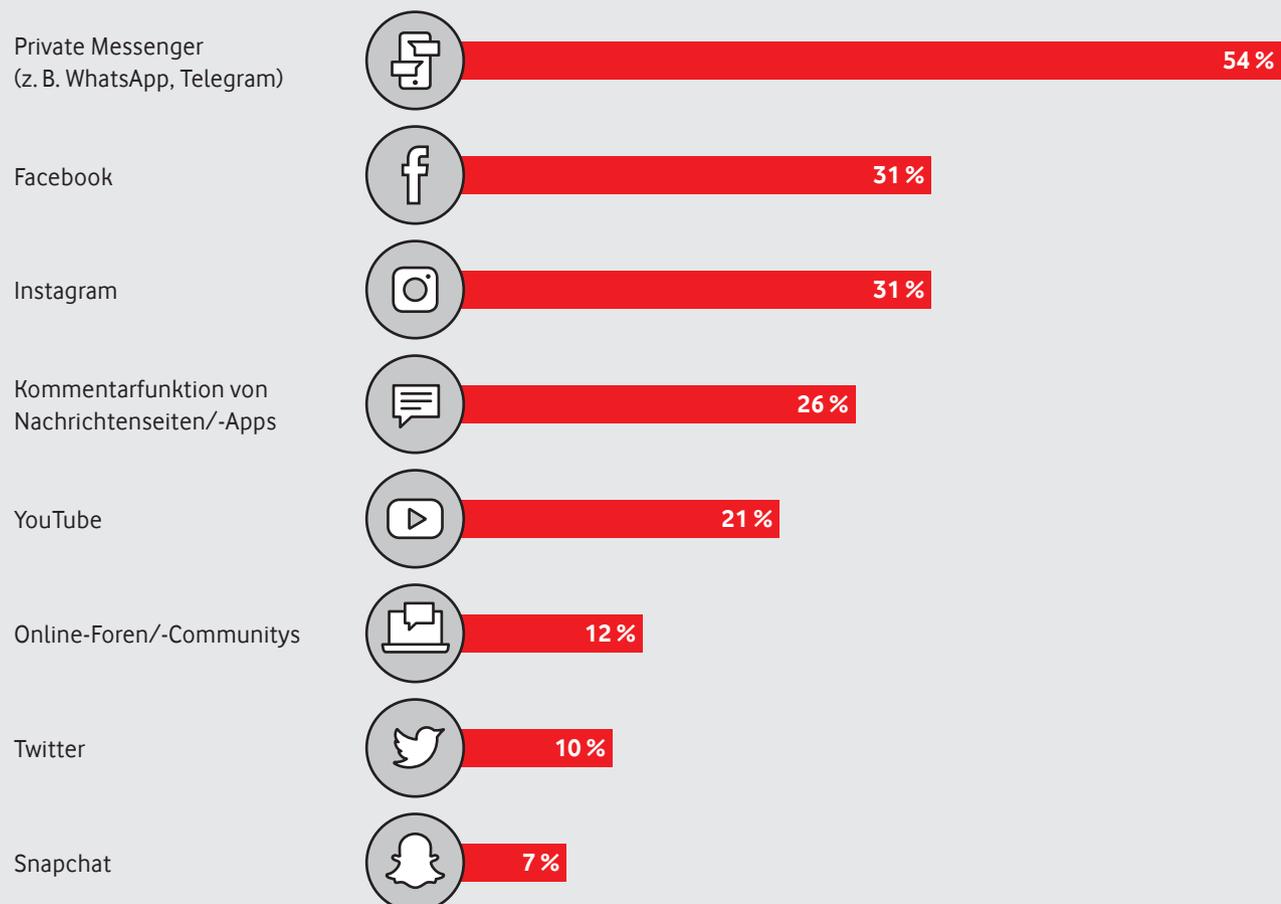
Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren

Private Messenger werden am häufigsten genutzt, um sich politisch zu äußern

Über die Hälfte der jungen Menschen (54 Prozent), die sich online politisch äußern, nutzen dafür bevorzugt private Messengerdienste wie WhatsApp oder Telegram. Ein knappes Drittel (31 Prozent) nutzt dafür vor allem Facebook oder Instagram. Kommentarfunktionen von Nachrichtenseiten oder Nachrichten-Apps nutzen gut ein Viertel (26 Prozent) und immerhin ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) äußern sich über YouTube zu politischen Themen. Von nachgeordneter Bedeutung sind dagegen Online-Foren oder -Communitys (12 Prozent), Twitter (10 Prozent) und Snapchat (7 Prozent) für die politische Meinungsäußerung.

Abbildung 8:
Genutzte Plattformen für Online-Meinungsäußerungen

„Welche der folgenden Online-Plattformen nutzt du am häufigsten, um dich zu politischen Themen zu äußern/zu diskutieren?“ (Mehrfachnennungen möglich)

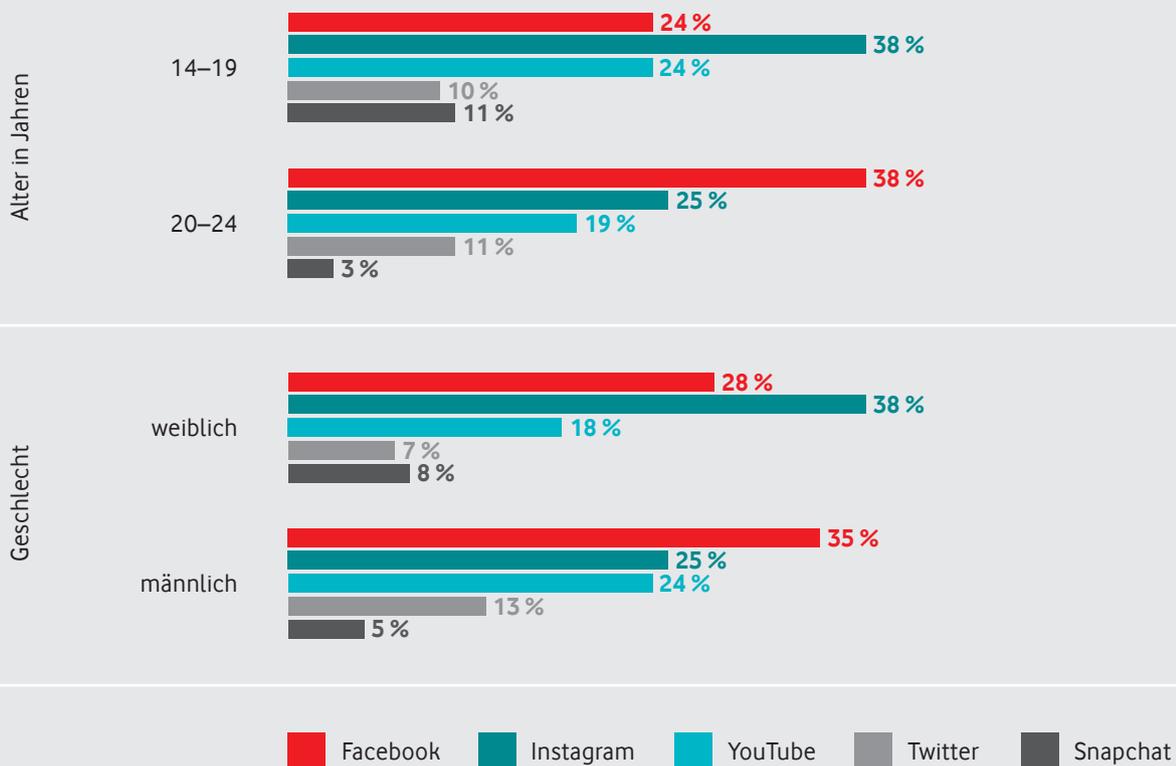


Während private Messenger für die politische Meinungsäußerung unabhängig von Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund der Befragten der bevorzugte politische Kanal ist, bestehen deutliche Unterschiede bei der Nutzung von Facebook, YouTube und Instagram.

Facebook wird von jungen Erwachsenen (38 Prozent) und jungen Männern (35 Prozent) deutlich häufiger genutzt, um sich politisch zu äußern, als von Jugendlichen (24 Prozent) und jungen Frauen (28 Prozent). Auf Instagram äußern sich dagegen eher junge Frauen (38 Prozent) zu politischen Themen als junge Männer (25 Prozent) und Jugendliche (24 Prozent). Die Videoplattform YouTube wird eher von Jugendlichen als von jungen Erwachsenen und eher von jungen Männern als von jungen Frauen genutzt, um sich zu politischen Themen Gehör zu verschaffen.

Abbildung 9:
Nutzung ausgewählter sozialer Medien zur politischen Meinungsäußerung

„Welche der folgenden Online-Plattformen nutzt du am häufigsten, um dich zu politischen Themen zu äußern/zus diskutieren?“ (max. 3 Nennungen möglich)



Politische Beteiligung online und offline

Über die politische Meinungsäußerung hinaus bietet das Internet auch vielfältige Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden. Online-Unterschriftenaktionen oder Online-Petitionen werden dabei von jungen Menschen am häufigsten genutzt. 28 Prozent der Befragten geben an, in den vergangenen 12 Monaten an einer Unterschriftenaktion von Organisationen wie Avaaz oder Change.org teilgenommen zu haben. Rund ein Viertel hat an einer Online-Petition auf Bundes- oder Landesebene teilgenommen. Dass das Internet politisch aktivierend wirken oder zumindest die Hürden für die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten senken kann, zeigt sich an dem Vergleich mit Offline-Unterschriftenaktionen und -petitionen. Diese wurden in dem gleichen Zeitraum nämlich zusammen nur von 20 Prozent der Befragten und damit von deutlich weniger jungen Menschen genutzt.

Junge Erwachsene werden dabei deutlich häufiger in dieser Form politisch aktiv als Jugendliche und junge Männer häufiger als junge Frauen. Einen großen Unterschied macht der formale Bildungsgrad. Junge Menschen mit hoher formaler Bildung geben zu jeweils 35 Prozent an, sich an Online-Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen zu beteiligen. Bei denen mit mittlerem oder niedrigem formalen Bildungsgrad sind es dagegen nur rund ein Fünftel (→ **Abbildung 10**).

Aufwendigere Formen, online politisch aktiv zu werden, werden dagegen von deutlich weniger jungen Menschen genutzt. Nur 6 Prozent geben an, in den vergangenen 12 Monaten eine Politikerin oder einen Politiker über E-Mail oder soziale Medien kontaktiert zu haben. Ebenfalls 6 Prozent haben sich online an ein Amt oder eine Behörde gewandt und Beschwerde eingelegt und 5 Prozent haben über soziale Medien eine Spende getätigt.

Bei den klassischen Offline-Beteiligungsmöglichkeiten steht der Wahlakt an erster Stelle. Von den 18- bis 20-Jährigen geben 58 Prozent in der Befragung an, in den letzten 12 Monaten an Wahlen teilgenommen zu haben. Bei den 21- bis 24-Jährigen sind es 55 Prozent. Diese Angaben decken sich relativ gut mit der offiziellen Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen (58,6 Prozent) und der 21- bis 24-Jährigen (56 Prozent) bei der Europawahl, die unmittelbar vor der Befragung stattfand.¹ Auch offline werden intensivere und wendigere Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen seltener genutzt. Rund jeder achte Jugendliche (13 Prozent) hat im vergangenen Jahr an Demonstrationen oder anderen Protestaktionen teilgenommen. 6 Prozent engagierten sich in einer Initiative, Organisation oder in einem Verein. Die/Eine Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern ist offline (5 Prozent) ebenso selten wie online (6 Prozent). Noch weniger der Befragten arbeiten kontinuierlich in einer Jugendorganisation (4 Prozent) oder einer Bürgerinitiative (2 Prozent) mit. Immerhin 3 Prozent der befragten jungen Menschen sind nach eigenen Angaben Mitglied einer Partei und damit mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung, der bei 1,7 Prozent liegt.²

Über die Hälfte der Befragten (56 Prozent) geben an, das Internet innerhalb der letzten 12 Monaten gar nicht genutzt zu haben, um politisch aktiv zu werden. Die größten Unterschiede bestehen dabei zwischen Jugendlichen (65 Prozent) und jungen Erwachsenen (47 Prozent) sowie zwischen Personen mit mittlerem oder niedrigem formalen Bildungsgrad (64 und 63 Prozent) und hohem formalen Bildungsgrad (47 Prozent). Wenn es um

¹ Statistisches Bundesamt, der Bundeswahlleiter 2019: Europawahl 2019, Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen.

² Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30; Freie Universität Berlin.

Offline-Beteiligungsmöglichkeiten geht, gibt ein Drittel der Befragten an, innerhalb von 12 Monaten gar nicht offline politisch aktiv gewesen zu sein. Auch hier gibt es einen Alterseffekt mit unterschiedlichen Werten für Jugendliche (39 Prozent) und junge Erwachsene (25 Prozent). Besonders groß ist der Einfluss des Bildungshintergrunds: Junge Menschen mit formal hoher Bildung geben zu 22 Prozent an, in den letzten 12 Monaten nicht politisch aktiv gewesen zu sein. Bei Personen mit niedriger formaler Bildung ist der Anteil mit 45 Prozent doppelt so hoch (→ **Abbildung 11**).

Abbildung 10:
Beteiligung an Unterschriftenaktionen und Online-Petitionen nach Alter, Geschlecht und Bildungsgrad

„Wie bist du in den letzten 12 Monaten online politisch aktiv geworden?“ „Ich habe ...“ (Mehrfachnennungen möglich)

- ... an einer Unterschriftenaktion oder Kampagne (z. B. über Avaaz oder Change.org) teilgenommen.
- ... eine Online-Petition auf Bundes-/Landesebene unterstützt/unterschrieben.

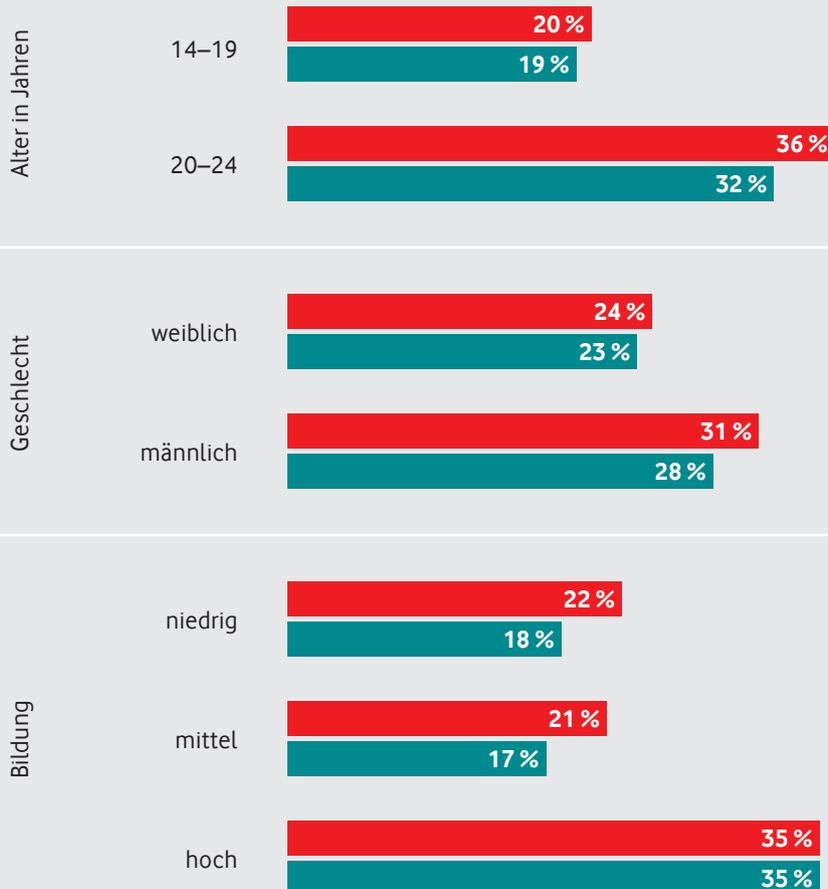
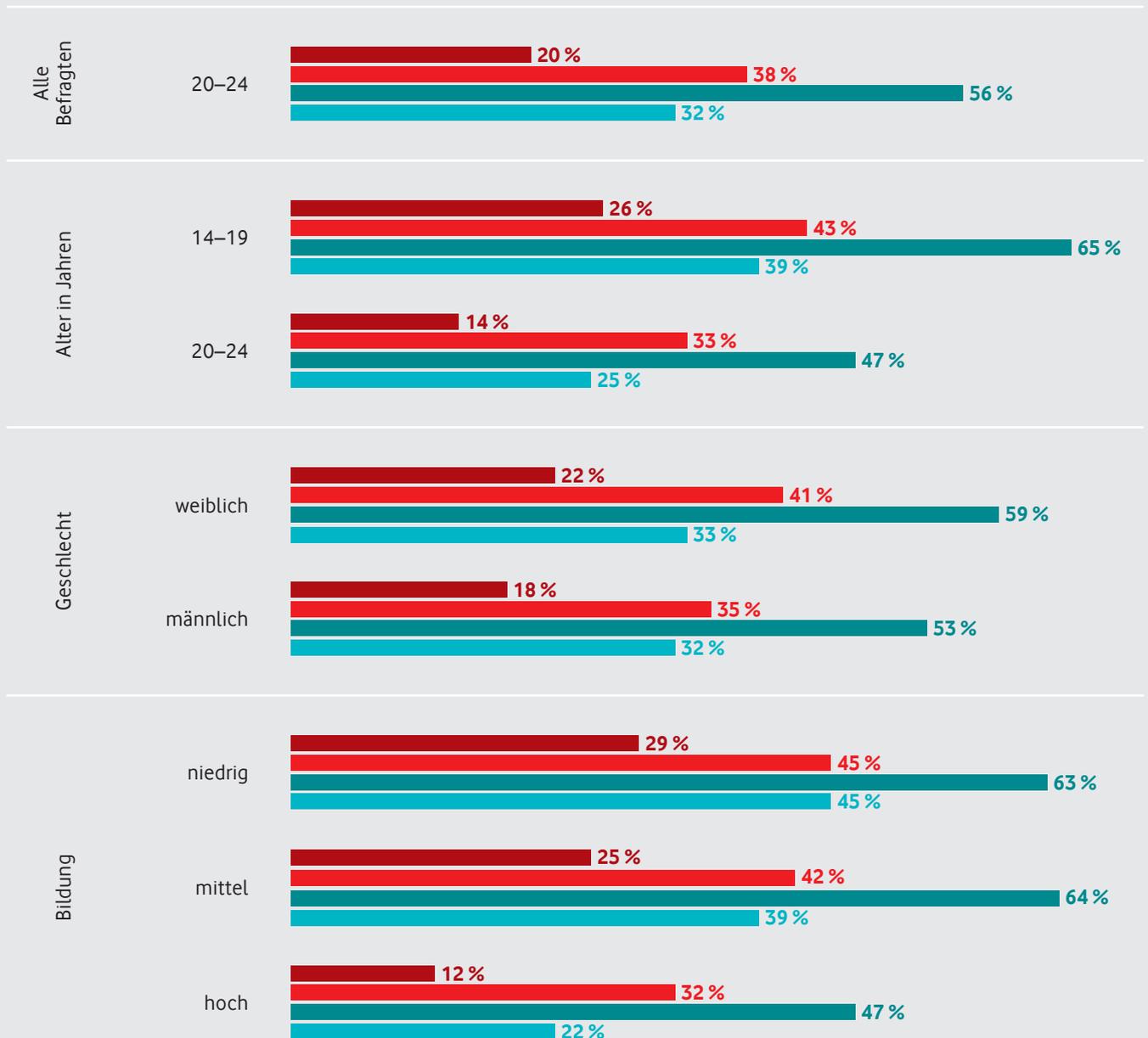


Abbildung 11: Politisch inaktive

„Wie bist du in den letzten 12 Monaten politisch aktiv geworden?“ „Ich ...“ (Mehrfachnennungen möglich)

- ... habe weder meine politische Meinung online geäußert, noch bin ich in den letzten 12 Monaten **online oder offline** politisch aktiv geworden.
- ... habe meine Meinung zu politischen Themen noch nie **online** geäußert.
- ... war in den letzten 12 Monaten **online** nicht politisch aktiv.
- ... war in den letzten 12 Monaten **offline** nicht politisch aktiv.

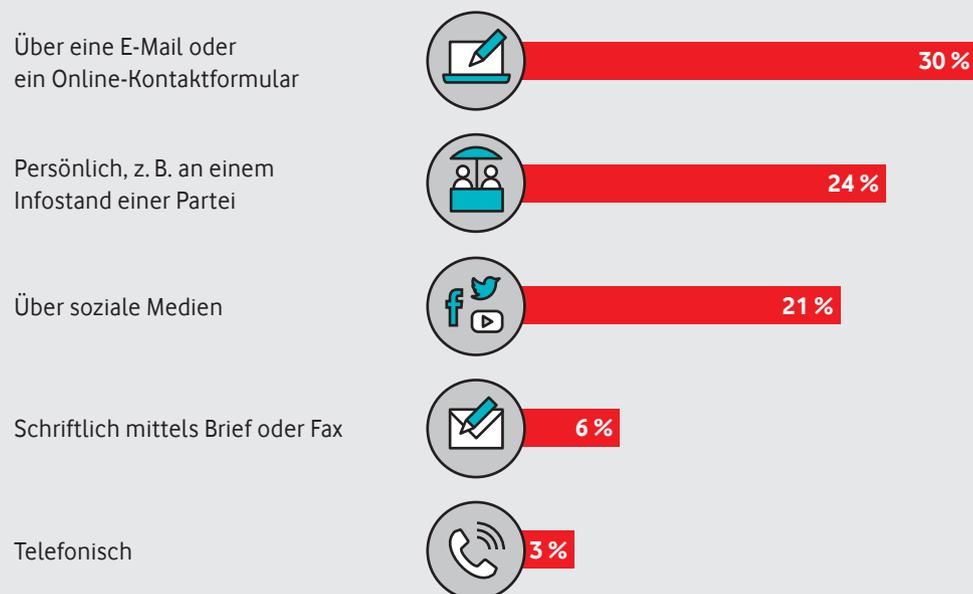


Online- und persönliche Präsenz sind entscheidend für Politikerinnen und Politiker, um mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen

30 Prozent der jungen Menschen würden am ehesten eine E-Mail oder ein Online-Kontaktformular nutzen, um mit einer Politikerin oder einem Politiker in Kontakt zu treten. Ein knappes Viertel (24 Prozent) würde dagegen den persönlichen Kontakt z. B. an einem Infostand bevorzugen und ein weiteres Fünftel (21 Prozent) würde dafür am ehesten soziale Medien nutzen. Nur sehr wenige würden andere klassische Möglichkeiten der Kontaktaufnahme wie z. B. per Brief oder Fax (6 Prozent) oder per Telefon nutzen (3 Prozent). 16 Prozent junger Menschen schließen für sich aus, mit Politikerinnen oder Politikern in Kontakt zu treten. Von denen, die es sich prinzipiell vorstellen können, nutzen aber relativ wenige diese Möglichkeit. 5 Prozent geben an, innerhalb von 12 Monaten offline mit Politikerinnen oder Politikern in Kontakt getreten zu sein, und nur 6 Prozent online.

Abbildung 12:
Bevorzugte Kontaktkanäle zu Politikerinnen und Politikern

„Wie würdest du am ehesten mit einer Politikerin/einem Politiker Kontakt aufnehmen?“



Fehlende Werte zu 100 Prozent: Anderes/Würde keinen Kontakt aufnehmen
Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren

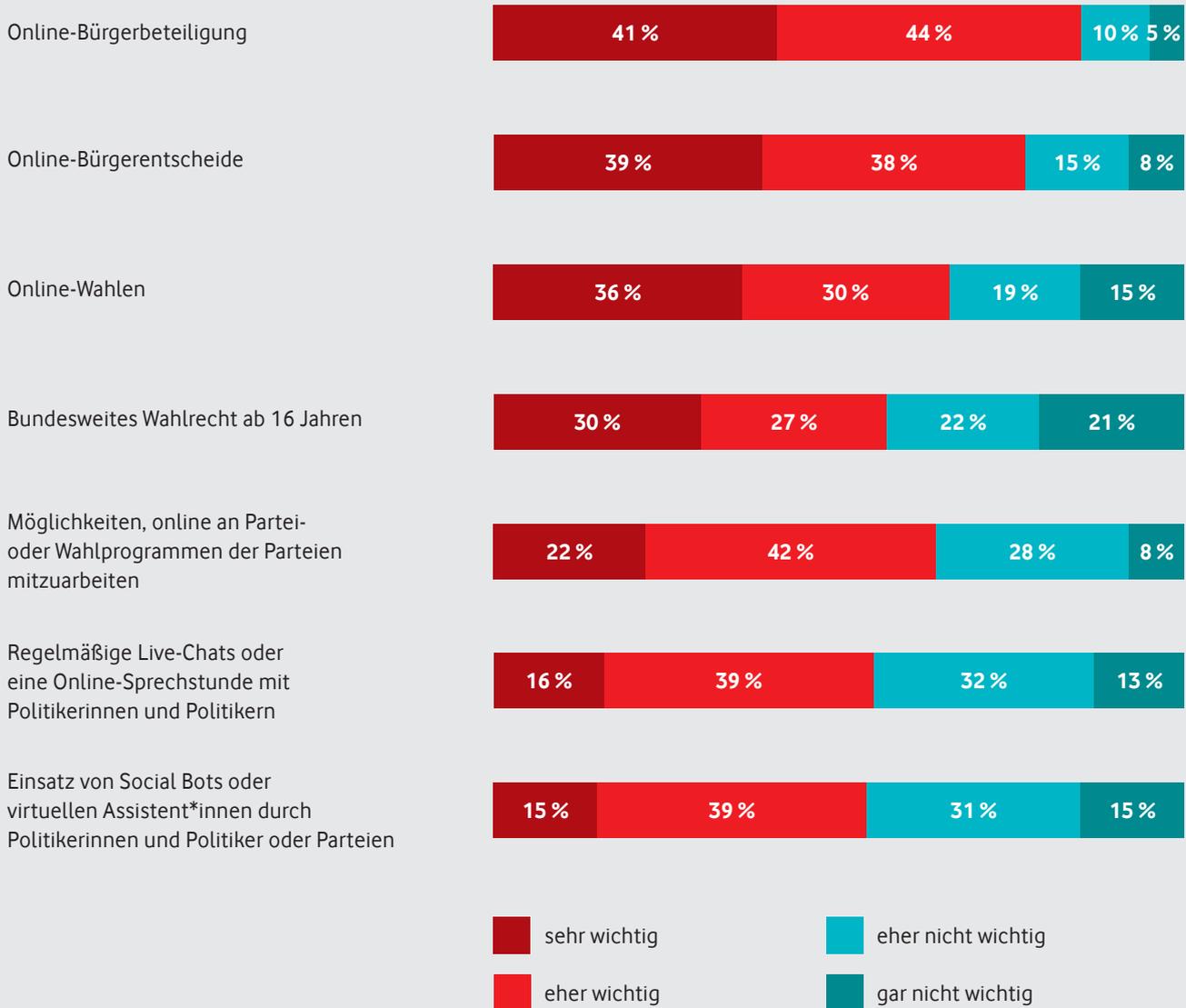
Hohe Zustimmung zu mehr Online-Beteiligungsmöglichkeiten

Junge Deutsche nutzen digitale Partizipationsangebote bereits mit einer großen Selbstverständlichkeit. Allerdings sind die Möglichkeiten, junge Menschen über das Internet an Politik zu beteiligen, bei Weitem noch nicht ausgeschöpft und Vorschläge zum Ausbau der Online-Beteiligungsmöglichkeiten erfahren großen Zuspruch. Der großen Mehrheit der Befragten (85 Prozent) ist die Einführung bzw. der Ausbau von Online-Bürgerbeteiligung sehr wichtig oder eher wichtig. Damit sind Bürgerforen, Bürgerdialoge oder ähnliche Verfahren gemeint, in die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Ideen zu bestimmten Themen einbringen können. Der Vorschlag, Bürgerentscheide, in denen Bürgerinnen und Bürger einer Kommune über bestimmte Themen direkt abstimmen können, auch online abzuhalten, findet mit 77 Prozent ebenfalls viel Zustimmung und mehr, als der Vorschlag, online wählen zu können (66 Prozent). Knapp zwei Drittel (64 Prozent) befürworten außerdem die Möglichkeit, online an Wahl- oder Parteiprogrammen mitarbeiten zu können, was in einigen Parteien auch bereits möglich ist. Jeweils eine knappe Mehrheit der Befragten findet es wichtig oder sehr wichtig, dass Politikerinnen und Politiker regelmäßige Live-Chats oder Online-Sprechstunden abhalten (55 Prozent) oder dass Bots oder virtuelle Assistenten jederzeit zu politischen Themen befragt werden können (54 Prozent). Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund spielen für die Antworten zu den genannten Vorschlägen kaum eine Rolle (→ **Abbildung 13**).

Zusätzlich wurde noch nach der Zustimmung zu einem bundesweiten Wahlrecht ab 16 Jahren befragt. Diesen Vorschlag finden 57 Prozent der Befragten wichtig oder sogar sehr wichtig. Bei jungen Menschen unter 18 Jahren, die eine Absenkung des Wahlalters direkt betreffen könnte, liegt die Zustimmung zu diesem Vorschlag mit 68 Prozent erwartungsgemäß noch etwas höher. Nach Geschlecht und Bildungshintergrund unterscheidet sich die Zustimmung zum Wahlrecht ab 16 kaum.

Abbildung 13: Bedeutung zukünftiger Partizipationsmöglichkeiten

„Wenn du an die Zukunft denkst: Wie wichtig findest du folgende Möglichkeiten, dich an Politik zu beteiligen?“



Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung zwischen 14 und 24 Jahren

Anhang: Details zu Methodik und Stichprobe

Die Erhebung wurde vom Befragungsinstitut Infratest dimap Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH durchgeführt. Die Grundgesamtheit für die Befragung bildeten deutschsprachige junge Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren in Privathaushalten in Deutschland, die das Internet nutzen. Die Erhebung wurde vom 29. Mai bis zum 11. Juni 2019 durchgeführt. Insgesamt nahmen 2.149 junge Menschen an der Studie teil, davon 1.100 im Alter von 14 bis 19 Jahren und 1.049 im Alter von 20 bis 24 Jahren.

Die Studie war als Online-Erhebung (Computer Assisted Web Interviewing = CAWI) angelegt. Der Fragebogen wurde im „adaptive design“ programmiert, das heißt, es erfolgte eine automatische Anpassung der Darstellung auf verschiedenen Browsern und mobilen Endgeräten (Tablets, Smartphones). Die Anonymität der Befragten wurde in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzrichtlinien sichergestellt. Das bedeutet, dass eine De-Anonymisierung weder durch Infratest dimap noch durch die Vodafone Stiftung Deutschland erfolgen kann.

Die Feldarbeit wurde vom Panel-Provider Payback durchgeführt. Das Panel des Providers Payback zeichnet sich im Vergleich zu anderen Access-Panels dadurch aus, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer offline aus den Mitgliedern des Kundenbindungsprogramms rekrutiert werden. In dem deutschlandweit größten Konsumenten-Bonusprogramm sind etwa 28 Mio. Verbraucherinnen und Verbraucher in knapp jedem zweiten deutschen Haushalt vertreten. Die Schwelle zum Payback-Programm ist weitgehend frei von soziodemografischen Verzerrungen, denn Payback-Haushalte und Nicht-Payback-Haushalte weisen in ihren soziodemografischen Merkmalen keine gravierenden Unterschiede auf.

Die für die Befragung ausgewählten Panelistinnen und Panelisten wurden per E-Mail eingeladen und mussten sich auf der Panel-Plattform mit Nutzernamen und Passwort zur Teilnahme anmelden. So war sichergestellt, dass nur die eingeladenen Zielpersonen an der Befragung teilnehmen konnten. Eine mehrfache Teilnahme an der Befragung war technisch ausgeschlossen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von 14 bis 17 Jahren wurden über ihre Eltern zur Teilnahme eingeladen.

Stichprobe

Die Stichprobenziehung erfolgte als Quotenstichprobe. Die Quoten wurden so angelegt, dass die Stichprobe in den wesentlichen Merkmalen der Struktur der Grundgesamtheit entspricht. Folgende Merkmale wurden zur Steuerung der Stichprobe herangezogen:

- Geschlecht (in 3 Gruppen)
- Alter (in 11 Gruppen)
- Bildung (in 3 Gruppen)
- Bundesländer (in 16 Gruppen)

Die Merkmale Geschlecht x Alter sowie Alter (in 29 Gruppen) x Bundesland waren als Kreuzquoten angelegt, das Merkmal Bildung zu 3 Gruppen zusammengefasst als Randverteilung. Während der Durchführung der Umfrage wurde der Füllungsgrad der Quotenzenellen kontinuierlich beobachtet.

Bildungshintergrund

Die Gruppe der Befragten mit formal höherer Bildung umfasst Personen, die einen Gymnasialabschluss sowie einen akademischen Abschluss an einer Fachhochschule oder Universität besitzen oder anstreben. In der Gruppe der Befragten mit mittlerer Bildung befinden sich Befragte, die eine Realschule, Abendrealschule oder Gesamtschule besuchen oder abgeschlossen haben. In der Gruppe der Befragten mit formal niedriger Bildung befinden sich junge Menschen, die eine Hauptschule, Abendhauptschule oder eine Schule mit mehreren Bildungsgängen (Sekundarstufe) besuchen oder absolviert haben.

Impressum

Über die Vodafone Stiftung Deutschland

Die Vodafone Stiftung ist eine gemeinnützige Unternehmensstiftung, die Teil des internationalen Vodafone Stiftungsnetzwerkes ist. Schwerpunkt der Arbeit ist die Förderung von Bildung, um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabechancen im digitalen Zeitalter zu verbessern. Hierfür werden wissenschaftliche Studien sowie eigene Modellprojekte initiiert und ausgewählte Organisationen in ihrer praktischen Arbeit unterstützt. www.vodafone-stiftung.de

Herausgeber

Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH
Ferdinand-Braun-Platz 1
40549 Düsseldorf
info@vodafone-stiftung.de
www.vodafone-stiftung.de
Verantwortlich: Inger Paus

Projektleiter

Lars Thies

Wissenschaftliche Beratung

Fiete Stegers, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Mitarbeit Auswertung

Felix Dotzauer

Gestaltung

fountain, Düsseldorf



Vodafone
Stiftung
Deutschland
